

Argumentationshilfen

zur Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen

sowie der Bildung von Unterstützer-Kreisen der Initiative „Nordstream2 statt Gasumlage“

Im folgenden sind einige Texte aufgelistet, die zu verschiedenen Fragestellungen im Bezug auf die Auseinandersetzung um den Krieg in der Ukraine, besonders aber auf die Auswirkungen für die hiesige Bevölkerung Argumentationshilfen anbieten.

Appell der Initiative „Nicht weiter so!“

beschäftigt sich mit der Frage, ob die deutsche Bevölkerung zur Solidarität mit der Ukraine verpflichtet ist, und ob es bei dem Konflikt tatsächlich um unsere westlichen Werte geht. Handelt es sich wirklich um den Kampf zwischen Autokratie und Demokratie?

Text der Petition

beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Sanktionen auf die Bevölkerung und der Legitimität für das Handeln der deutschen Regierung

Unser Standpunkt

Das Verhältnis zu Andersdenkenden und Medien

Ist Nordstream 2 überflüssig?

Auseinandersetzung mit der Desinformationskampagne vonseiten der Meinungsmacher aus Politik und Medien

Flugblatt Brunnenfest Dessau 9.9.22

Ein komprimierter Text zur Frage, ob Nordstream 2 überflüssig ist

Diskussionskonzept für Veranstaltungen und Bildung lokaler Unterstützer-Gruppen Unterstützer-Kreis in Heidelberg

Stand 12.9.2022

Kontakt: nordstream2-statt-gasumlage@web.de

Der folgende Text beschäftigt sich mit der Frage, ob die deutsche Bevölkerung zur Solidarität mit der Ukraine verpflichtet ist, und ob es bei dem Konflikt tatsächlich um unsere westlichen Werte geht. Handelt es sich wirklich um den Kampf zwischen Autokratie und Demokratie?

Appell der Initiative „Nicht weiter so!“

Je länger der Krieg in der Ukraine dauert, umso bedrohlicher werden die Auswirkungen der anti-russischen Sanktionen für die Menschen hierzulande. Viele, besonders in den ärmeren Schichten, werden durch die steigenden Preise für Lebensmittel und Energie in Armut und Verzweiflung getrieben. Die Tafeln müssen immer mehr Hilfesuchende abweisen.

Aber auch Unmut und Widerstand in der Bevölkerung wachsen. Bürgermeister der Insel Rügen haben einen Protestbrief an Wirtschaftsminister Habeck geschickt und die Öffnung von Nordstream 2 gefordert. Die Handwerkerschaften von Leipzig, Dessau und des Harz-Bode-Kreises verlangen die Rücknahme der Sanktionen, die besonders die kleinen Betriebe in den Ruin treiben. In Dessau ist für den 28.8. zur Demonstration aufgerufen worden.

Wenn auch die Sanktionspolitik des Westens in der Bevölkerung an Unterstützung verliert, so sind doch viele Menschen immer noch hin- und hergerissen zwischen ihren persönlichen Interessen auf der einen Seite und den moralischen Appellen auf der anderen, in denen von ihnen Solidarität mit der Ukraine gefordert wird.

Solidarisch zu sein, Anteil zu nehmen am Schicksal anderer, ist eine der zutiefst menschlichen Eigenschaften. Aber gerade der gute Wille, anderen in Not helfen, wird immer wieder missbraucht für politische und wirtschaftliche Interessen. Diese Gefahr besteht auch im Falle der Ukraine. Denn das wesentliche Merkmal der Solidarität ist die Freiwilligkeit. Daran erinnern aber gerade jene nicht, die die Bevölkerung mit ihren Appellen moralisch unter Druck setzen. Ihnen geht es nicht um die Solidarität mit der Ukraine. Ihnen geht es um die Unterstützung für ihre Politik gegenüber Russland.

Zu keiner Zeit hat die deutsche Regierung die Freiwilligkeit der Solidarität zur Sprache gebracht. Sie wurde in den Rang einer Pflicht erhoben. Niemand hat die deutsche Bevölkerung gefragt, ob sie solidarisch sein will mit der Ukraine. Man hat sie über den Kopf der Bürger hinweg als selbstverständlich angesehen. Aber zur Entscheidung für solidarisches Handeln gehört auch, dass über die Folgen aufgeklärt wird. Man hat den Menschen vorenthalten, dass diese Solidarität Nachteile mit sich bringt in Form von steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen.

Stattdessen wurden sie überrumpelt mit der Behauptung, dass die Ukraine auch unsere Freiheit verteidige, denn sie kämpfe für unsere Demokratie und die westlichen Werte. Angeblich werden wir nämlich bedroht von Autokratien wie Russland und China. Wer aber entscheidet darüber, wann ein System autokratisch ist? Gibt es dafür objektive Regeln und Anhaltspunkte?

Bis vor kurzem zählten zu den autoritären Staaten auch noch Qatar, Saudi-Arabien und Aserbaidschan. Obwohl in diesen Staaten im Gegensatz zu Russland grundlegende demokratische Strukturen wie Gewerkschaften, Parteien und Parlamente nicht vorhanden oder gar verboten sind und elementare Frauen- und Minderheitenrechte nicht existieren, umwirbt man solche Staaten nun wegen ihrer Energieträger.

Wenn diese Länder aber bis zum russischen Krieg in der Ukraine noch als autokratisch galten, wieso sind sie es denn jetzt auf einmal nicht mehr? Haben diese Länder über Nacht ihre autoritären Strukturen abgeworfen? Oder haben sich ganz einfach nur die Interessen des Westens geändert? Wenn das aber so ist, dann hängt es offensichtlich gar nicht von diesen Staaten selbst ab, ob sie autokratisch sind oder nicht, sondern allein von den launischen Einschätzungen des Westens und von seinen Interessen.

Es mag sein, dass Russland, China und andere nicht nach unseren Werten leben, wie man die westliche Öffentlichkeit glauben machen will. Die meisten von uns können das nicht beurteilen, können wir uns doch aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht aus deren Medien informieren. Wir sind also auf die sachliche und ehrliche Berichterstattung der unseren angewiesen. Aber es ist auch nicht zu übersehen, dass diese unsere Medien solchen Staaten wie Russland und China nicht

neutral gegenüber stehen.

Aber selbst wenn andere Gesellschaften nicht nach den westlichen Werten und Regeln leben, ist das kein Grund, sie deshalb zu bekämpfen. Wären die Wertevertreter des Westens denn bereit, sich den Regeln und Werten Russlands, Chinas, des Iran oder anderer Staaten zu unterwerfen, nur weil diese ihre eigenen Grundsätze für die einzig richtigen hielten? Mit Sicherheit nicht. Wieso aber erwartet der Westen das dann von anderen Gesellschaften und Kulturen?

Statt aber die Interessen anderer Staaten zu respektieren, versucht der Westen, diese mit seinen eigenen Werten zu missionieren. In diesem Wertekreuzzug wurden Kriege geführt gegen Jugoslawien, den Irak, Afghanistan, Somalia, Jemen und Libyen, Regime-Wechsel unterstützt oder betrieben und Sanktionen verhängt, um anderen Gesellschaften das eigene Weltbild aufzudrängen.

Wie in diesen Beispielen geht es aber auch in der Ukraine nicht um Solidarität und Werte. Es geht um Interessen. Das aber sind nicht die Interessen der einfachen Menschen. Alle Menschen der Welt wollen ein menschenwürdiges Leben führen und eine freundliche Zukunft für ihre Kinder haben. Wir wollen nicht hungern, nicht frieren im Winter und nicht in Armut versinken. Not, Elend und Verzweiflung sind zu nichts gut. Darum kämpfen wir als kleine Leute für unsere Interessen. Fordern wir:

Schluss mit den Sanktionen, denn sie schaden uns selbst!

Inbetriebnahme von Nordstream 2, damit wir genug Gas für den Winter haben!

Preise runter!

Unterstützen wir die Demonstration in Dessau!

Rufen wir auch in anderen Städten am 28.8. zum Protest auf!

Bitte unterstützen Sie den Aufruf der Initiative „[Nicht weiter so!](mailto:nicht-weiter-so@web.de)“, indem sie ihn in Ihrem Umfeld verbreiten. Informieren Sie sich unter <mailto:nicht-weiter-so@web.de>.

Auswirkungen der Sanktionen auf die Bevölkerung

Text der Petition

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Die Versorgungslage mit Energieträgern verschärft sich immer mehr. Kaum hat Brüssel eine Einsparung von 15% der Gasmenge (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-gasnotfallplan-103.html>) beschlossen, hat Klaus Müller von der Netzagentur bereits eine Reduzierung um 20 Prozent (<https://www.welt.de/wirtschaft/article240328325/Gasmangel-Verbraucher-muessen-mindestens-20-Prozent-einsparen.html>) gefordert. Es ist zu vermuten, dass das ursprüngliche Einsparziel nicht ausreichen wird, um im Winter die Versorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus soll ab 1. Oktober dieses Jahres eine Gasumlage von den Verbrauchern erhoben werden.

Wir wissen alle, was das bedeutet. Nicht nur dass Gas knapper wird, vielleicht sogar rationiert werden muss, es wird zudem noch erheblich teurer. In der Folge werden auch die Preise für Strom steigen. Viele Bürger und Betriebe werden das finanziell nicht durchstehen. Schon jetzt verlassen renommierte Unternehmen den Standort Deutschland, weil die Energiekosten zu hoch sind, um weiterhin rentabel zu produzieren.

Andererseits aber liegt mit Nordstream2 eine fertige Gaspipeline in der Ostsee, die aus ideologischen Gründen nicht genutzt wird. Immer mehr Handwerksverbände sowie Städte und ihre Stadtwerke fordern von der Regierung die Freigabe von Nordstream2. Sie wissen nicht, wie ihre Unternehmen überleben sollen ohne das Gas, das diese Pipeline liefern könnte. Offensichtlich scheinen Sie, Herr Bundeskanzler, sich der drohenden Gefahren für den Standort Deutschland bewusst zu sein. Aus diesem Grunde haben Sie und Ihre Regierung, anstatt die Pipeline zur Nutzung freizugeben, diese Gasumlage für alle Verbraucher beschlossen. Damit sollen etwaige Insolvenzen systemrelevanter Energieversorger abgewendet werden, wie sie unlängst bei Uniper drohte. Diese Umlage ermöglicht es den Energiekonzernen, die zusätzlichen Kosten der Gasbeschaffung auf Bürger und Unternehmen abwälzen.

Wie jene jedoch die Mehrbelastungen bewältigen sollen, scheint man sich in Ihrem Wirtschaftsministerium nicht zu fragen. Viele Menschen leben schon jetzt von der Hand in den Mund. Der deutsche Mieterbund schätzt, dass ein Drittel der Haushalte sich die Preiserhöhungen nicht leisten können. Bei vielen Betrieben ist die Kapitaldecke dünn geworden. Wollen Sie Tausenden von Haushalten und Betrieben das Gas abstellen, wenn diese unter der Last der Kosten zusammenbrechen? Werden Sie Millionen mit Mahnbescheiden traktieren?

Hat man den Mehraufwand für Verwaltungen und Justiz bedacht, wenn Rechnungen nicht bezahlt und Einzugsermächtigungen zurückgebucht werden, wenn Forderungen in Storno gehen und abgeschrieben werden müssen? Wie sollen Kunden die Versorger vor der Insolvenz retten, wenn sie selbst zahlungsunfähig sind? Am Ende sind dann Kunden UND Versorger zahlungsunfähig? Und wer soll nach etwaigen Strom- und Gasausfällen die Folgeschäden beheben, wenn ein Großteil der Handwerksbetriebe in den Ruin getrieben worden ist? Nicht nur die großen Energieversorger sind systemrelevant. Sind wir Bürger nicht auch systemrelevant oder haben wir keine Bedeutung für das Funktionieren der Gesellschaft?

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

haben Sie und Ihre Regierung all das nicht bedacht oder ist es nicht mehr von Belang im erbitterten Kampf, den Sie glauben auf unserem Rücken gegen ein nach Ihrer Meinung autokratisches Russland führen zu müssen? Haben Sie sich überlegt, was den Menschen demokratische Freiheiten nützen, wenn die Lebensgrundlagen weggebrochen sind? Macht nicht gerade das anfällig für Populismus? Es ist immer schwerer zu erkennen, geschweige denn zu vermitteln, was das Ziel Ihrer Regierung ist. Wofür kämpft Ihre Regierung noch? Wofür sollen wir Bürger all diese Nachteile

ertragen?

Diese Regierung wurde von der Bevölkerung gewählt, um ein reibungsloses Funktionieren der Gesellschaft zu gewährleisten. Sie hatten einen Amtseid geleistet, der Sie und Ihr Kabinett verpflichtet, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden und seinen Vorteil und Nutzen zu mehren. Das ist Ihre Aufgabe, Herr Bundeskanzler, es ist Ihre Pflicht, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu wahren. Danach haben Sie Ihre Politik auszurichten.

Es ist nicht die Pflicht des Volkes, die ideologische Zielvorgaben von Regierungsparteien zu erfüllen. Die Regierung hat für das Volk da zu sein, nicht umgekehrt. Es wird immer deutlicher, dass die Sanktionen, die Russland laut Außenministerin Baerbock vernichten sollten, eher unsere eigenen Existenzgrundlagen zerstören. Also was will unsere Regierung dagegen machen? Das eigene Volk in die Armut treiben? Die eigene Wirtschaft um Jahrzehnte zurückwerfen und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Altar von Ideologien opfern?

Die Menschen in Deutschland haben mit ihrem Fleiß und ihrer Intelligenz den hohen Lebensstandard unserer Gesellschaft geschaffen. Unsere Vorfahren haben in Jahrzehnte langer Arbeit dieses Land aus den Ruinen wieder aufgebaut und zu nie gekannter Blüte gebracht. Dieses Lebenswerk von Generationen deutscher Arbeiter und Unternehmen darf nicht vernichtet werden durch eine verblendete Politik, deren Ziel nicht mehr zu erkennen ist. Die Politik der ideologisch bedingten Verknappung von Energie verliert an Zustimmung in der Bevölkerung. Dagegen protestieren Menschen am 28.8. in Dessau. Ihre Forderung lautet:

Nordstream 2 statt Gasumlage

Das Verhältnis zu Andersdenkenden und Medien

Unser Standpunkt

Unsere Bewegung setzt sich ein für die Abschaffung der Gasumlage und die gleichzeitige Öffnung von Nord Stream 2. Jede der beiden Forderungen dient den Interessen weiter Teile der Bevölkerung. Denn beide führen zu einem Sinken der künstlich überhöhten Preise der Energieträger für Bürger und Betriebe. Um zum Erfolg zu kommen, bitten wir die Bürger unseres Landes um tatkräftige Unterstützung.

Alle, die sich in unserer Bewegung für diese Forderungen einsetzen, sind herzlich willkommen. Dabei spielen politische, religiöse und sexuelle Orientierungen keine Rolle. Unsere Bewegung macht auch keine Unterschiede zwischen Rasse, Hautfarbe und Geschlecht. Sie alle sind gleich in Bedeutung und Rechten und wichtig für den Erfolg unserer Sache.

Wir erwarten aber von allen Unterstützern, dass sie sich einzig auf dieses gemeinsame Ziel der Bewegung konzentrieren. Andere Themen wie Corona, Ausländer, Gendern und ähnliche derzeit gesellschaftliche Fragen sind privat, d.h. Sie haben in den Diskussionen, die unter uns geführt werden, keinen Platz.

Die unterschiedlichen Meinungen dazu werfen unnötig Gräben auf. Damit bedrohen sie unsere Geschlossenheit, unsere Durchsetzungskraft und schaden somit der Bewegung. Das Trennende wird betont, das Verbindende geht aus dem Blick verloren. Das ist nicht hilfreich bei der Mobilisierung der Menschen. Damit betreiben jene, die glauben, andere Themen ansprechen zu müssen, unwissentlich das Geschäft derer, die unseren Erfolg verhindern wollen.

Das gilt auch für die Medien. Sichtweisen und Äußerungen von deren Seite, die nicht mit uns abgesprochen sind, sind Produkte dieser Medien. Sie stehen nicht für den Geist und das Ziel unserer Bewegung. Solche Medien bedienen sich unsrer für eigene Interessen und Zwecke oder gar für die unserer Gegner. Wir bitten alle Menschen, dies bei Äußerungen zu bedenken, die von anderen über uns gemacht werden.

Auseinandersetzung mit der Desinformationskampagne vonseiten der Meinungsmacher aus Politik und Medien

Ist Nordstream 2 überflüssig

Je lauter die Forderung nach der Öffnung von Nordstream2 wird, umso stärker werden auch die Versuche der Meinungsmacher, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Da behaupten selbst Politiker, die es besser wissen müssten wie der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, am 2.9. im Morgenmagazin, dass eine weitere Pipeline nichts bringen würde, weil auch andere schon nicht ausgelastet seien.

Schneider müsste wissen, dass NS1 nicht ausgelastet ist, weil einerseits vertraglich vereinbarte Wartungen stattfinden und andererseits aufgrund der westlichen Sanktionen fünf Verdichterkompressoren nicht an Russland ausgeliefert werden.

Ferner wird behauptet, Gas sei nicht sanktioniert. Das mag stimmen, aber das gilt nicht für die Banken, über die die Lieferungen abgewickelt werden sollen. Zudem sind die russischen Vermögen im Westen blockiert. Dollar und Euro dürfen nicht mehr an die russische Zentralbank ausgegeben werden, und den Rubel lehnt der Westen als Zahlungsmittel ab.

Wie stellen sich das die Meinungsmacher hierzulande vor: Soll Russland Gas liefern, für das es nicht bezahlt wird bzw dessen Zahlung dann bei den westlichen Banken sofort eingefroren wird? Würde der Westen sich das gefallen lassen, wenn gelieferte Waren nicht bezahlt werden?

Die Behauptung, dass die Pipelines nicht voll ausgelastet seien, soll den Eindruck erwecken, dass NS2 nicht gebraucht wird. Nur stellt sich dann die Frage, warum hat man die Leitung überhaupt erst gebaut? Das hat immerhin Jahre gedauert und Milliarden verschlungen und erst jetzt fällt es den Politikern auf, dass NS2 überflüssig ist? Stellt sich die Frage, waren die Planer und Investoren auf Droge, dass sie das vorher nicht gemerkt hatten?

Wenn das russische Gas nicht gebraucht wird, warum rennen dann westliche Vertreter selbst den übelsten Schurkenstaaten die Türen ein, um Gas zu bekommen? Wenn NS2 nicht gebraucht wird, warum explodieren dann die Gaspreise? Normalerweise fallen Preise, wenn ein Produkt nicht nachgefragt wird. Und wenn NS2 nicht gebraucht wird, warum verlangt man von uns, in kalten Wohnungen zu sitzen, uns mit dem Waschlappen zu waschen, Strom zu sparen wo immer es möglich ist?

Warum riskiert man die Verarmung der Menschen, den Niedergang der heimischen Wirtschaft, den Zerfall der Gesellschaft und sogar Volksaufstände, von denen immer häufiger die Rede ist? Hält man uns Bürger für dumm, dass man uns das Ammenmärchen von der überflüssigen Pipeline auftischen will?

Verdichteter Text dazu

Flugblatt Brunnenfest Dessau 9.9.22

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und dem zunehmenden Ärger in der Bevölkerung wegen steigender Preise, scheint der Druck auf die Politik zu wachsen. Die Entlastungspakete bringen wenig Linderung. Einzig die Öffnung von Nordstream2 würde eine spürbare Entlastung bei den Energiepreisen bringen. Das aber scheut man in Berlin wie der Teufel das Weihwasser. Statt einzugestehen, dass die Sanktionspolitik ein Fehler war, will man die Menschen verwirren.

Die Meinungsmacher in Medien und Politik wollen uns einreden, dass die Öffnung von NS2 keine Vorteile bringe. Noch nicht einmal die bestehenden Pipelines seien ausgelastet, so der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, am 2.9. im Morgenmagazin. Dabei müsste er eigentlich wissen, dass Nordstream 1 nicht liefern kann wegen vertraglich vereinbarter Wartungsarbeiten und weil aufgrund der westlichen Sanktionen fünf dringend benötigte Verdichterkompressoren nicht eingebaut werden können.

Ferner wird behauptet, Gas sei nicht sanktioniert. Das trifft aber nicht auf die Banken zu, über die die Lieferungen abgewickelt werden sollen. Zahlungen in Rubel lehnt der Westen ab, andererseits werden Zahlungen in Euro und Dollar aufgrund der Sanktionen bei den westlichen Banken eingefroren. Wie stellen sich das die Meinungsmacher hierzulande vor: Soll Russland Gas liefern, für das es nicht bezahlt wird? Würde der Westen weiter liefern, wenn seine Waren nicht bezahlt werden?

Die Meinungsmacher wollen den Menschen einreden, dass NS2 nicht gebraucht wird. Nur stellt sich dann die Frage, warum hat man die Leitung überhaupt erst gebaut? Will man uns allen Ernstes erzählen, dass Investoren und Planer über Jahre nicht gemerkt haben sollen, dass die Pipeline überflüssig ist und trotzdem Milliarden in den Sand setzten?

Wenn das russische Gas nicht gebraucht wird, warum rennen dann westliche Vertreter selbst den übelsten Schurkenstaaten die Türen ein, um Gas zu bekommen? Wenn die Pipeline nicht gebraucht wird, warum explodieren dann die Gaspreise? Und wenn sie nicht gebraucht wird, warum verlangt man von uns, in kalten Wohnungen zu sitzen, uns mit dem Waschlappen zu waschen, Strom zu sparen wo immer es möglich ist?

Warum riskiert man die Verarmung der Menschen, den Niedergang der heimischen Wirtschaft, den Zerfall der Gesellschaft und sogar Volksaufstände, von denen immer häufiger die Rede ist? Hält man uns Bürger für dumm, dass man uns das Ammenmärchen von der überflüssigen Pipeline auftischen will? Die Öffnung von Nordstream 2 ist die Lösung all unserer aktuellen Probleme. Deshalb:

Nordstream2 statt Gasumlage

Diskussionskonzept für Veranstaltungen und Bildung lokaler Unterstützer-Gruppen

Politik und Medien haben eine Desinformationskampagne gestartet, um die Öffentlichkeit von der Forderung nach der Öffnung von Nordstream 2 abzubringen. Da man wenige sachliche Argumente vorbringen kann, versucht man, die Bevölkerung durch unbewiesene Behauptungen, Vermutungen und Halbwahrheiten zu verwirren. Unser Ziel muss es deshalb sein, diese Kampagne durch sachliche Diskussion und Aufdeckung dieser Manipulationsversuche scheitern zu lassen. Je mehr das gelingt, um so mehr wird der Widerstand gegen Nordstream 2 geschwächt. Deshalb ist eine umfassende Information und Aufklärung der Bevölkerung wichtig.

Vorgeschichte

Gas galt Jahre lang als billige, zuverlässige und umweltfreundliche Energieform.

Regierung, Bürger und Wirtschaft unterstützten den Ersatz von Öl durch Gas als Energieträger. Nicht zuletzt sollte auch die Abhängigkeit vom Öl und der OPEC reduziert werden. Nach der Katastrophe von Fukushima 2011 wurde der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Gas und erneuerbare Energien wurden verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt.

Seit 1980 war der Gasverbrauch in Deutschland von 60 Mrd m³ auf 90 Mrd gestiegen, zuletzt entfiel fast die Hälfte davon auf Russland. Entsprechend dem wachsenden Bedarf war auch das europäische Pipeline-Netz(1) ausgebaut worden. Von den damit verbundenen Transitgebühren profitierten viele Staaten besonders im Osten Europas (Weißrussland, Baltische Staaten, Polen und Ukraine).

Mit Nordstream1 wurde 2011 eine Pipeline durch die Ostsee von Russland direkt nach Deutschland verlegt. Die Pipeline-Betreiber als Wirtschaftsunternehmen konnten damit die Kosten der Transit-Gebühren reduzieren. Auch politische Risiken wurden gemindert. Denn besonders die Ukraine hatte sich immer wieder durch Gasdiebstahl, Durchleitungsboykott und unbezahlte Gasrechnungen als Unsicherheitsfaktor erwiesen.

Der milliardenschwere Ausbau des Pipelinenetzes bedeutete jedoch, dass Russland trotz aller politischer Differenzen über all die Jahre als zuverlässiger Lieferant angesehen wurde. Mit Nordstream 2 wurde 2013 eine weitere direkte Verbindung unter der Ostsee in Angriff genommen. Diese hätte 2019 in Betrieb genommen werden sollen. 2018 hatten alle Baugenehmigungen der deutschen Behörden vorgelegen.

Besonders die bisherigen Empfänger von Transit-Gebühren setzten diesem Projekt heftigen Widerstand entgegen, befürchteten sie doch einen Rückgang ihrer Einnahmen. Dieser Protest wurde international unterstützt von den USA. Diese drängten mit ihrem Flüssiggas auf den europäischen Markt. Aber der Preis des US-Gases war gegenüber dem russischen nicht konkurrenzfähig.

Der Kampf um Marktanteile war auf der Ebene der Wirtschaftlichkeit nicht zu gewinnen. Stattdessen versuchten die USA Deutschland politisch unter Druck zu setzen. Man packte den Musterknaben der westlichen Werte bei seiner Werteorientierung. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Putin wurde moralisch verurteilt als Unterstützung eines autokratischen Systems, das die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Innenpolitisch wurde diese moralistische Argumentation von der Partei die Grünen unterstützt. Werteorientierung inform von Umweltschutz, Frauen-, Minderheiten- und Menschenrechte waren ihre Themen. Damit gelang es ihnen, die Altparteien ab der Mitte der 2010er Jahre zunehmend unter Druck zu setzen und ihren Einfluss in der deutschen Gesellschaft auszubauen. Sie kritisierten die deutsche China- und Russland-Politik wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen.

Mit der Klimabewegung Fridays for Future geriet zudem die Verwendung fossiler Brennstoffe immer mehr in Misskredit. Neben der bisherigen Kritik an Russland wegen seiner Menschenrechtspolitik galt den Grünen nun die Inbetriebnahme von NS2 auch umweltpolitisch als Sündenfall. Besonders aus Angst vor dem sogenannten Klimawandel schlossen sich viele Menschen in Deutschland dieser Sichtweise an und verurteilten NS2. Der Einfluss der Grünen wuchs und damit ihr Druck auf die deutsche und europäische Politik.

Mit der Regierungsbeteiligung der Grünen und der Ernennung des grünen Umweltminister Habeck war die Inbetriebnahme von NS2 immer fraglicher worden. Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine war der Stopp der Pipeline beschlossene Sache. Darüber hinaus reagierte der Westen mit weitreichenden Sanktionen, die Russland ruinieren sollten.

Die aktuelle Lage

Die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Russland treffen die eigene Bevölkerung und Wirtschaft wesentlich stärker, als man anscheinend bedacht hatte. Angesichts des drohenden Gasmangels, stark steigender Preise für Energieträger und Lebensmittel sowie zusätzlicher Kosten durch die beschlossene Gasumlage wird die Forderung nach der Öffnung von NS2 immer lauter. Andererseits fällt es den Meinungsmachern in Politik und Medien immer schwerer, angesichts der Bedrohungen für Bevölkerung und Wirtschaft die Weigerung gegenüber NS2 zu rechtfertigen.

Denn die Pipeline ist randvoll mit Gas, etwa 200 Millionen Kubikmeter. Sie muss nur geöffnet werden, um den Gasmangel zu beheben und damit der Not ein Ende zu bereiten. Stattdessen aber verlangt man von den Menschen, sich immer weiter einschränken. Dieser Widerspruch wird immer schwerer zu erklären und zu rechtfertigen, zumal die Opferbereitschaft in der Bevölkerung stetig abnimmt. Die Stimmung wird zunehmend explosiver.

Weil die Politik argumentativ immer stärker in die Defensive gerät, startete sie mit Unterstützung von Medien und sogenannten Experten eine Desinformationskampagne, die im Kern zwei Behauptungen enthält:

1. NS2 ist überflüssig, weil andere Pipeline nicht ausgelastet sind.
2. Putin hat nicht die Absicht, Gas zu schicken. Er setzt Gas als Waffe ein, um die deutsche Gesellschaft und die Europäer zu spalten.

Diesen Behauptungen gilt es argumentativ entgegen zu treten. Es ist wichtig, die Verunsicherung in der Bevölkerung durch Tatsachen und nachvollziehbare Sichtweisen zu überwinden.

Quellen

1 https://de.wikipedia.org/wiki/Transgas-Pipeline#/media/Datei:Major_russian_gas_pipelines_to_europe.png

Unterstützer-Kreis in Heidelberg

Auf Einladung der Nachdenkseiten in Heidelberg fand am 8.9. eine Veranstaltung statt zum Thema „Nordstream 2 statt Gasumlage“. Gekommen waren etwa zwanzig Personen, von denen fünf der Einladung auf der Petitionsseite gefolgt waren. Angesichts der relativ kleinen Zahl an Unterzeichnern in Heidelberg ein gutes Ergebnis.

Nach einem Kurzreferat über die Hintergründe der Gaspolitik der deutschen Vorgängerregierungen und der damaligen Entscheidungen für Nordstream1 und Nordstream 2 fand eine sehr rege und sachliche Diskussion statt. Im Vordergrund stand dabei die Auseinandersetzung mit den Behauptungen aus Medien und Politik, dass NS2 nicht gebraucht werde, weil die Pipelines ohnehin nicht ausgelastet seien, und dass Putin das Gas als Waffe einsetzen wolle, um die deutsche Gesellschaft und Europa zu spalten.

Im Anschluss an die Versammlung kam es zur Gründung einer Unterstützer-Gruppe, die in Heidelberg das Anliegen der Petition verstärkt in die Öffentlichkeit tragen und um Unterstützung werben will.

Wir danken noch einmal den Nachdenkseiten in Heidelberg und möchten jene in anderen Gegenden bitten, uns ähnlich zu unterstützen. Wir bitten außerdem noch einmal alle Teilnehmer an der Heidelberger Veranstaltung, sich mit uns unter unserer Mailadresse nordstream2-statt-gasumlage@web.de in Verbindung zu setzen, damit wir in direktem Kontakt bleiben und die Gruppe weiterhin unterstützen können.

Des weiteren bitten wir alle Unterzeichner, die uns aktiv unterstützen wollen, ähnliche Veranstaltungen ins Leben zu rufen, soweit es ihnen möglich ist. Bei allen anderen Fragen bieten wir Unterstützung an.